Stadtvertretung der Landeshauptstadt

Schwerin

Datum: 2017-11-28

Dezernat: I / Fachdienst
Hauptverwaltung
Bearbeiter/in: Kleinschmidt, Axel
Telefon: 545 - 1265

Beschlussvorlage Drucksache Nr.

01219/2017

öffentlich

Beratung und Beschlussfassung

Dezernentenberatung
Hauptausschuss
Hauptausschuss
Stadtvertretung

Betreff

6. Änderung der Hauptsatzung

Beschlussvorschlag

Die 6. Änderung der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Schwerin wird gemäß dem als Anlage beigefügten Entwurf der Ausfertigung beschlossen.

Begründung

1. Sachverhalt / Problem

Die Änderungen in der Hauptsatzung sind aus unterschiedlichen Gründen erforderlich.

Im Wesentlichen wurden in § 6 Hauptsatzung (HS) die Zuständigkeiten in den Dezernaten I und II angepasst sowie Ergänzungen zu den Betriebsausschüssen der Eigenbetriebe vorgenommen, in § 9 HS eine Änderung der dienstrechtlichen Unterstellung des Integrationsbeauftragten vollzogen sowie in § 12 HS eine Ergänzung zu den Aufwandsentschädigungen der Mitglieder des Präsidiums aufgenommen.

Wegen der konkreten Einzelheiten wird auf die der Synopse beigefügten Erläuterungen verwiesen.

2. Notwendigkeit

- gegeben -

3. Alternativen

- Weniger Aufwandsentschädigung -

4. Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse von Familien

5. Wirtschafts- / Arbeitsmarktrelevanz

6. Darstellung der finanziellen Auswirkungen auf das Jahresergebnis / die Liquidität

Der vorgeschlagene Beschluss ist haushaltsrelevant

ja (bitte Unterabschnitt a) bis f) ausfüllen) (5.280 Euro p.a. für Aufwandsentschädigung Präsidium)

nein

a) Handelt es sich um eine kommunale Pflichtaufgabe: ja/nein

- ja -

b) Ist der Beschlussgegenstand aus anderen Gründen von übergeordnetem Stadtinteresse und rechtfertigt zusätzliche Ausgaben:

- ja -

c) Welche Deckung durch Einsparung in anderen Haushaltsbereichen / Produkten wird angeboten:

- keine -

d) Bei investiven Maßnahmen bzw. Vergabe von Leistungen (z. B. Mieten):

Nachweis der Unabweisbarkeit – zum Beispiel technische Gutachten mit baulichen Alternativmaßnahmen sowie Vorlage von Kaufangeboten bei geplanter Aufgabe von als Aktiva geführten Gebäuden und Anlagen:

Betrachtung auch künftiger Nutzungen bei veränderten Bedarfssituationen (Schulneubauten) sowie Vorlage der Bedarfsberechnungen:

Welche Beiträge leistet der Beschlussgegenstand für das Vermögen der Stadt (Wirtschaftlichkeitsbetrachtung im Sinne des § 9 GemHVO-Doppik):

Grundsätzliche Darstellung von alternativen Angeboten und Ausschreibungsergebnissen:

e) Welche Beiträge leistet der Beschlussgegenstand für die Sanierung des aktuellen Haushaltes

(inklusive konkreter Nachweis ergebnis- oder liquiditätsverbessernder Maßnahmen und Beiträge für Senkung von Kosten, z. B. Betriebskosten mit Berechnungen sowie entsprechende Alternativbetrachtungen):

f) Welche Beiträge leistet der Beschlussgegenstand für die Sanierung künftiger Haushalte (siehe Klammerbezug Punkt e):

über- bzw. außerplanmäßige Aufwendungen / Auszahlungen im Haushaltsjahr

Mehraufwendungen / Mehrauszahlungen im Produkt: Keine

Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge / Mehreinzahlungen bzw. Minderaufwendungen / Minderausgaben im Produkt: ---

Die Entscheidung berührt das Haushaltssicherungskonzept:

ja

Darstellung der Auswirkungen:

nein

Anlagen:

Anlage 1 - 6. Änderung Hauptsatzung - Lesefassung

Anlage 2 - 6. Änderung Hauptsatzung - Synopsis + Erläuterungen

Anlage 3 - 6. Änderung Hauptsatzung - Änderungssatzung

gez. Dr. Rico Badenschier
Oberbürgermeister